

## MARINE

## Boot ohne Kommandant

Dem Kieler Konteradmiral außer Diensten Eberhard Godt obliegt seit einigen Tagen eine Aufgabe, die in der Marine bislang — da noch nie vonnöten — unvorstellbar war.

Konteradmiral Godt wurde dazu auserseren, einen Riß zu verkleistern, der seit dem Kieler Treffen des Deutschen Marinebundes quer durch das vielgerühmte Kameradschaftsgefüge der Marinesoldaten geht. Diese Vermittler-Mission stellt an die Geschicklichkeit des Konteradmirals keine geringen Ansprüche. Denn jener in Kiel aufgerissene Spalt trennt nicht etwa die Fahrenleute von den Landmarinern, sondern die U-Boot-Fahrer vom Präsidenten des Marinebundes, dem U-Boot-Kommandanten Otto Kretschmer.

Die Ursache dieses Debakels ist der Fall Dönitz. Aber daß sich der Fregattenkapitän Kretschmer ausgerechnet in Sachen Dönitz das Vertrauen der U-Boot-Fahrer verscherte, ist dem staatsbürgerlichen Über-eifer des Vizeadmirals außer Diensten Bernhard Rogge zu verdanken.

Dieser Vizeadmiral Rogge — der sich im Kriege als Kommandant des Hilfskreuzers „Atlantis“ Ruhm und das Eichenlaub zum Ritterkreuz erwarb und heute als Industrievertreter Geld verdient — hatte sich in Kiel redlich und nach Kräften Mühe gegeben, „alles Trennende unter den Kameraden zu überdecken und das Verbindende zu fördern“. Daß Rogge mit diesen lobenswerten Bemühungen am Ende genau das Gegenteil erreichte, ist ebenso komisch wie typisch für die Unbeholfenheit altgedienter Militärs in demokratischen Verhältnissen.

Unter den Soldaten der alten Kriegsmarine und der neuen Bundesmarine fehlt es durchaus nicht an kritischen Stimmen, die manchen Einwand gegen die Kommandoführung des Großadmirals Dönitz erheben. Einig jedoch sind sich alle Marineleute darüber, daß der Spruch der alliierten Militärjustiz nicht den Durchhalte-Redner Dönitz, sondern den Repräsentanten der Marine treffen sollte, daß also der Großadmiral gleichsam stellvertretend für die ganze Marine immer noch im Spandauer Kriegsverbrecher-Gefängnis einsitzt. Derartige Überlegungen haben denn auch ausnahmslos bei allen Marinesoldaten die Bereitschaft geweckt, den Großadmiral aus der Spandauer Festung herauszuholen — wobei nur umstritten bleibt, welche Methode am schnellsten zum Ziel führt.

So gehört der Vizeadmiral Rogge, dem das Dönitz-Malheur in Kiel passierte, zu einer Gruppe älterer Seeoffiziere, die sich ausgerechnet hatten, sie könnten mit zurückhaltend formulierten Eingaben an Bonner Ministerien für Dönitz mehr erreichen als mit lauten Protesten auf offener Straße. Rogge war deshalb in aller Stille nach Bonn gefahren, um dem Außenminister von Brentano, dem Staatssekretär Hallstein und dem Verteidigungsminister Blank hinter verschlossenen Türen klarzumachen, daß die Haft des Großadmirals in Spandau den Aufbau der Bundesmarine erschwere und überdies rechtsradikalen Gruppen gefährlichen Stoff für deren Agitation liefere.

Der Vizeadmiral hatte diese Reise schon im Herbst vergangenen Jahres unternommen, begleitet von dem Konteradmiral Godt und dem Fregattenkapitän Suhren, die beide mit Rogge darin übereinstimm-

eine weitere Verordnung vom März vergangenen Jahres war überdies der Zoll für eine Anzahl gewerblicher Verbrauchsgüter — von der Schuhcreme bis zum Bügeleisen — ermäßigt worden. Die dritte Verordnung schließlich mit der Nummer 51 hatte den Einfuhrzoll für Maschinen verschiedenster Art reduziert, was beispielsweise bei importierten Schreibmaschinen Zollsenkungen bis zu zwölf Prozent ergab.

In der amtlichen Begründung dieser Zollsenkungen hatte es vor eineinhalb Jahren noch hoffnungsvoll geheißt: „Die Zollsenkungen sind bis zum 30. Juni 1956 vorgesehen. Es ist zu erwarten, daß der konjunkturpolitische Erfolg der Zollermäßigung in diesem Zeitraum erreicht wird.“

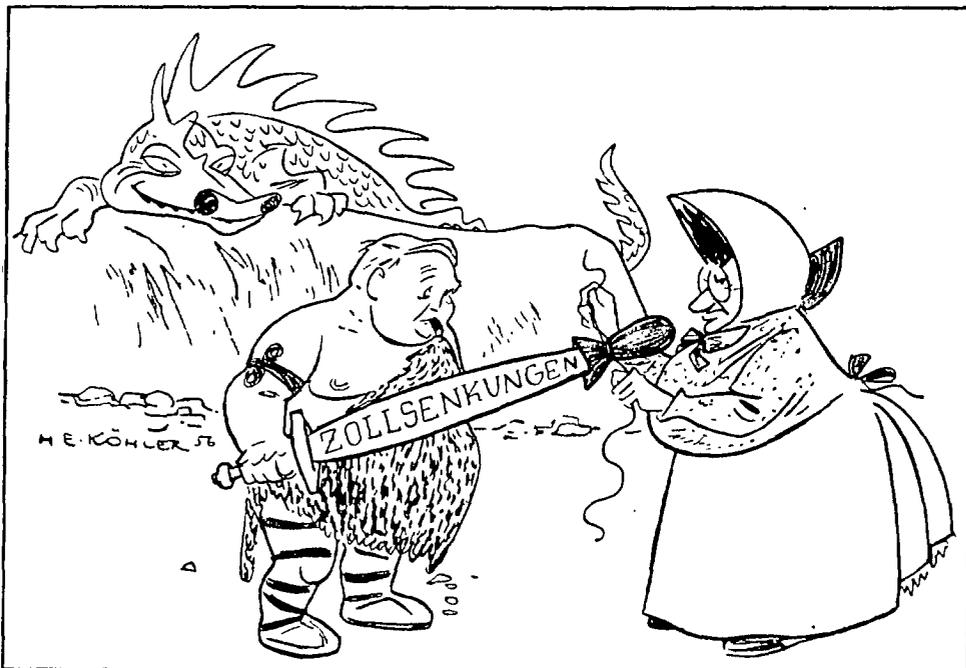
Obwohl nun jedermann weiß, daß dieser preisdämpfende Erfolg bis heute ausgeblieben ist, versuchten die bäuerlichen Interessenten, den Stichtag zu einem Tauschgeschäft zu benutzen. Unterhändler der Grünen Front ließen Erhards Referenten wissen, über seine Zollsenkung für andere Waren lasse sich reden, wenn die drei geltenden Verordnungen fristgemäß Ende dieses Monats ihre Gültigkeit verlieren würden. Allerdings müßten Getreide, Ge-

tieren, ihr aber in der Praxis die scharfen Stachel zu nehmen. Auch Bundesernährungsminister Lübke riet den Bauern, es sei taktisch unzweckmäßig, in Sachen Zollsenkung „mit dem Holzhammer zu kommen“.

In der Tat holten die Landwirte bald ein feineres Instrument hervor. Nachdem in der Sitzung des Wirtschaftskabinetts grundsätzlich beschlossen worden war, auch die Mehrzahl der Agrarprodukte in die — wahrscheinlich gestaffelte — Zollsenkung einzubeziehen, empfahl man, Erhards geplante Senkungen von dem sogenannten autonomen Zollsatz zu berechnen. Das heißt von jenem Satz, den die Bundesregierung unabhängig von ihren mit anderen Ländern geschlossenen Zollverträgen autonom herauf- oder herabsetzen kann.

Da die Bundesregierung auf Grund dieser Autonomie in vielen Fällen seit langem weniger Zoll erhebt, als sie maximal erheben könnte, würde bei einer Berechnung der dreißigprozentigen Zollsenkung vom autonomen Satz in der Praxis der Zoll nur um 15 bis 20 Prozent gesenkt werden.

Vertreter der Landwirtschaft rechtfertigten derartige Manöver mit der Erklärung, Erhards Zollsenkung dürfe den



Die Zeit

Die Koalition: „So — und jetzt mach' ihn fertig, Ludwig — den elenden Malefiz-Preisdrachen!“

treide-Erzeugnisse und Milchprodukte in jedem Fall von Zollsenkungen ausgeschlossen sein.

Minister Erhard jedoch lehnte schon die ersten vortastenden Empfehlungen dieser Art ab. Er war nicht bereit, nur eine optische Zollermäßigung herbeizuführen, die durch das Auslaufen bisher geltender Zollsenkungen wieder kompensiert werden würde. Auch die Opposition im Bundestag wurde rechtzeitig wach. Die Fraktion der Sozialdemokraten brachte einen Antrag ein, nach dem die drei Zollverordnungen, wie es auch Erhard verlangt, über den Stichtag hinaus bis auf weiteres in Kraft bleiben sollen. Erhards neue Zollsenkung soll für alle jene Waren gelten, die von den drei Verordnungen nicht erfaßt werden.

Nachdem so das Tauschgeschäft nicht zustande gekommen war, sannen Westdeutschlands Agrarexperten auf eine unauffällige Methode, Erhards dreißigprozentige Zollsenkung nach außen hin zu akzep-

Bauern auf keinen Fall das wieder wegnehmen, was ihnen in dem vor einigen Monaten vom Bonner Parlament beschlossenen „Grünen Plan“ zugestimmt worden sei. Das in den Nachkriegsjahren ständig wiederholte Argument, zur Förderung der Landwirtschaft sei eine Parität der Agrar- und Industriepreise anzustreben, wird allerdings in der Zolldiskussion kaum noch vorgebracht.

Während nämlich Anfang 1954 der Index der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise noch 198 (1938 = 100) betrug, der Preisindex der Traktoren, Erntemaschinen und anderer landwirtschaftlicher Betriebsmittel dagegen auf 208 gestiegen war, hat sich die Situation inzwischen durch die Preissteigerungen für Agrarprodukte umgekehrt. In der Mitte des vergangenen Jahres schloß sich die vielzitierte Preis-schere. Seitdem läßt der vorprellende Preisindex für Agrarprodukte den für Industrieerzeugnisse weit hinter sich zurück.

ten, daß der leisen Methode in Sachen Dönitz der Vorzug zu geben sei.

Heute, nachdem mehr als ein halbes Jahr seit jener Bonn-Fahrt vergangen ist, ohne daß die Bundesminister auch nur ihren guten Willen zu erkennen gegeben hätten, sagt der Fregattenkapitän Suhren: „Ich weiß selber nicht mehr, was richtig ist. Jedenfalls kann ich die Leidenschaftlicheren unter den Kameraden nicht mehr länger zurückhalten. Was soll ich ihnen denn auch sagen? Von Bonn aus geschieht doch nichts. Von dort werden wir nur immer wieder aufgefordert, die Leute zu bremsen; auf die Dauer glückt das nicht.“

Fregattenkapitän Suhren — U-Boot-Kommandant mit Schwertern und Eichenlaub — fungiert im Deutschen Marinebund als Vorsitzender der Hamburger U-Boots-Kameradschaft; die mehr als 300 Mitglieder zählt. Dieser Kreis war es, der nach dem Scheitern der unauffälligen Bonner Dönitz-Demarche den Plan ausheckte, beim Treffen des Marinebundes in Kiel weithin vernehmbar für die Freilassung des Großadmirals zu demonstrieren.

Um den Fregattenkapitän Suhren für einen zweiten Vorstoß in Bonn verfügbar zu halten, ließen die Hamburger U-Boot-Fahrer ihren Vereinsvorsitzenden diesmal abseits stehen. Statt seiner dirigierte der Korvettenkapitän Schendel die Vorbereitungen für die Kieler Dönitz-Aktion. Schendel heute: „Es ging uns dabei nur um den kranken Menschen und Kameraden Dönitz und nicht um Politik.“

Unpolitisch war auch der Text gemeint, den der Korvettenkapitän Schendel für Handzettel formulierte: „Wir sind dem Schicksal dankbar, daß es dem Großadmiral Raeder, dem unsere ganze Verehrung und Hochachtung gilt, vergönnt war, noch lebend die Zuchthausmauern zu verlassen. Noch aber lastet der Schatten von Spandau auf der deutschen Marine. Großadmiral Dönitz ist noch nicht frei. Wir fordern von der Bundesregierung, die sofortige Freilassung des Großadmirals Dönitz bei den Gewahrsamsmächten zu erwirken.“

Außer diesen Handzetteln packten die Hamburger U-Boot-Fahrer für ihre Reise nach Kiel auch noch Transparente — „Gebt Dönitz frei!“ — und ein zusammengerolltes überlebensgroßes Bild des Großadmirals ein. Der durchschlagende Erfolg ihrer Aktion war so gut wie sicher — wenn nicht der Vizeadmiral Rogge gewesen wäre.

Vizeadmiral Rogge stand eingekeilt in der dichtgedrängten Zuschauermenge auf dem Kieler Rathausplatz. Es war am Abend des 2. Juni; man wartete auf den Großen Zapfenstreich und die Festansprache des Marinebund-Präsidenten Kretschmer.

Fünzig Schritt von Rogge entfernt hatten sich unterdes die Hamburger U-Boot-Fahrer postiert, in ihrer Mitte zwölf Mann — „alles Kommandanten“ — mit den Transparenten und dem Bild.

Just in dem Augenblick, da nun das Musikkorps des Marinebundes mit klingendem Spiel auf den Rathausplatz einschwenkte, tippte ein alter Maat dem Vizeadmiral auf die Schulter und meldete: „Herr Admiral, da hinten stehen Leute, die aus Hamburg kommen, mit Transparenten unter dem Arm.“

Dem Vizeadmiral, der nicht ahnte, was die Hamburger U-Boot-Fahrer vorhatten, kam blitzschnell der Gedanke, die Eintracht des Marinebundes sei in Gefahr. Als er dann auch noch von einem Unbekannten hörte: „Bei den Leuten mit den Transparenten sind ja auch Kommunisten dabei“, war sein Entschluß schon gefaßt.

Dem alten Führungs-Grundsatz getreu, daß es in unklaren Lagen besser ist, etwas Falsches zu tun als gar nichts, setzte sich der Vizeadmiral ohne Zögern in Bewegung, wühlte sich mit den Ellenbogen eine Gasse durch die Menschenmenge und erreichte atemlos das Rathaus-Portal. Dort traf er

auf einen Polizeioffizier: „Die Kommunisten sind da! Sie kommen aus Hamburg!“ Der Vizeadmiral hatte so schnell funktioniert, daß dem Polizisten noch Zeit blieb, jene Neuigkeit dem Fregattenkapitän Kretschmer zuzuflüstern, der sich gerade anschickte, vor das Rednerpult zu treten.

Der Fregattenkapitän Kretschmer war also auf das Schlimmste gefaßt und keineswegs überrascht, als schon nach wenigen Sätzen seiner Rede ein Tumult an sein Ohr drang. Da das Scheinwerferlicht, das den Balkon überstrahlte, den Fregattenkapitän blendete, konnte er zwar nicht genau ausmachen, was sich unter ihm auf dem Rat-



Vizeadmiral Rogge  
„Die Kommunisten sind da!“

hausplatz abspielte. Aber der Fall war für ihn ohnehin völlig klar: Die Kommunisten inszenierten ihre Störaktion.

Tatsächlich jedoch war es zu dem Tumult gekommen, weil sich der Vizeadmiral Rogge — nach seinem Meldegang durch die Menschenmenge auf dem Platz — bis zu den Hamburger U-Boot-Fahrern zurückgeboxt hatte, die er veranlassen wollte, ihre inzwischen entfalteten Transparente wieder einzupacken — „um kein politisches Aufsehen zu erregen und die Harmonie der Veranstaltung nicht zu stören“.

Fregattenkapitän Kretschmer hatte indes nur die Warnung vor den Kommunisten im Ohr, als er zurückerlöste: „Der Deutsche Marinebund ist, das möchte ich feststellen, unpolitisch und überparteilich. Mit politischen Infiltrationen und importierten Provokateuren, die wahrscheinlich aus Hamburg kommen, haben wir nichts zu tun.“

An die tausend U-Boot-Fahrer hockten nacher in der Mensa der Kieler Universität beisammen. Ihr Urteil über den Fregattenkapitän Kretschmer war hart: „Verräter“. Kretschmers eigene Boots-Crew, die unter seinem Kommando mehr als 300 000 Bruttoregistertonnen abgeschossen hatte, ließ den Kopf hängen: „Ab heute sind wir ein Boot ohne Kommandant.“

## PARTEIEN

### FINANZIERUNG

#### Auch Amerikaner

Der Buchhalter der „Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V.“ in Bonn, Sternenburgstraße 41, wird wahrscheinlich einigermaßen überrascht sein, wenn ihm die Kommunistische Partei Deutschlands, Landesverband Hessen, demnächst 100 Mark überweist.

Die Vorgeschichte dieser delikaten Transaktion hat freilich nichts damit zu tun, daß der Vater des Stalinismus, Josef Wissarionowitsch Stalin, inzwischen auch bei den hessischen Kommunisten unmodern geworden ist. Es ist vielmehr so:

Mitte April hörte der Wiesbadener Journalist Walter Brand bei Freunden in der hessischen SPD-Regierung, dem einstigen Vorsitzenden der FDP in Hessen und jetzigen Mitbegründer der Freien Volkspartei, August-Martin Euler, seien vor den Bundestagswahlen des Jahres 1953 „größere Summen amerikanischer Gelder“ zugeflossen. Es war die Rede von Beträgen „zwischen 50 000 Mark und 500 000 Mark“.

Brand wollte der Sache auf den Grund kommen, und so setzte er sich am 3. Mai auch mit dem kommissarischen hessischen FDP-Vorsitzenden, dem Langener Likörfabrikanten Dr. Oswald Kohut („Kohut tut gut“), zusammen. Bei einer Tasse Fleischbrühe mit Ei sagte Kohut an diesem Tage in einem Frankfurter Lokal, als Brand ihm die Zahl „50 000 bis 500 000“ nannte: „Das langt nicht.“ Statt dessen nannte Kohut eine Summe, die nach Brands Erinnerung „bei 900 000“ lag.

Nach einigen Rückversicherungsrechnungen und einer vorsorglichen Aussprache mit dem Staatsanwalt schrieb Brand am 16. Mai in einem Artikel in der „Frankfurter Rundschau“: „Nicht nur die einheimische Wirtschaft finanzierte diesen realistisch unterbauten politischen Idealismus des Bundestagsabgeordneten Euler.“ Vorher war Brand in seinem Artikel schon auf die finanziellen Zuwendungen bundesdeutscher Wirtschaftskreise an die CDU und deren einstigen Koalitionspartner, die FDP, eingegangen. Brand: „Fast eine Million waren ihm (Euler) 1953 im Interesse der Stabilität der Bundesrepublik so ganz nebenbei noch aus dem Ausland zugeflossen.“

Nun schreibt zwar der Artikel 21 des Grundgesetzes vor, daß die Parteien über die Herkunft ihrer Mittel öffentlich Rechenschaft ablegen müssen. Ein Parteiengesetz vorzulegen, in dem diese Bestimmung enthalten ist, hat die Bundesregierung jedoch bis heute nicht übers Herz gebracht.

So wurde ein anderer Weg beschritten: In den Ländern formierten sich „Fördergesellschaften“, die seitdem in interessierten Industriekreisen ständig Spendengelder locker machen und diese an die befreundeten Parteien verteilen.

Eulers Extra-Million, nach der die „Frankfurter Rundschau“ geforscht hatte, hatte mit diesen Fördergeldern nichts zu tun. Und kaum war der „Rundschau“-Artikel erschienen, fragte der Bonner SPD-Pressedienst auch schon: „Was hat Herrn Euler bewogen — falls die schwerwiegende Behauptung zutrifft —, finanzielle Unterstützungen auch vom Ausland anzunehmen? ... Herr Euler sollte müßte man im Interesse der Sauberkeit unseres öffentlichen Lebens annehmen, allen Anlaß haben, sich dazu zu äußern.“

August-Martin Euler aber hielt es in diesem Augenblick für das Klügste, zu